**Satzung des Katholischen Pfründestiftungsverbundes
St. Ulrich**

- kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts -
mit Sitz in Augsburg

§ 1

Name, Rechtsstellung, Sitz

Die Stiftung führt den Namen "Katholischer Pfründestiftungsverbund St. Ulrich". Sie ist eine rechtsfähige kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Augsburg.

§ 2

Stiftungszweck

(1) Der Katholische Pfründestiftungsverbund St. Ulrich - nachstehend Stiftungsverbund genannt - bildet als eine rechtsfähige Gesamtheit von Sachen und Rechten ein Zweckvermögen ortskirchlicher Pfründestiftungen im Bistum Augsburg und trägt unter Wahrung stiftungsrechtlicher Vorgaben bestimmungsgemäß zur Besoldung und Versorgung der (Orts-)Pfarrer bei. Der Stiftungsverbund nimmt ferner ihm subsidiär im ortskirchlichen Interesse übertragene Aufgaben wahr.

(2) In Erfüllung seines Zwecks ist der Stiftungsverbund berechtigt, das bisherige Grundstockvermögen sowie sonstige Vermögenswerte betreffender ortskirchlicher Pfründestiftungen im Bistum Augsburg, das Vermögen des sog. Pfründekapitalienfonds, aber auch die bebauten und unbebauten Grundstücke, Grundstücksteile und grundstücksgleiche sowie -ähnliche Rechte bisheriger ortskirchlicher Pfründestiftungen zu verwalten und zu bewirtschaften.

(3) Der Stiftungsverbund wird künftig die Belange des Pfründewesens im Bistum Augsburg wahrnehmen sowie den baulichen Unterhalt von Anwesen bisheriger örtlicher Pfründestiftungen, unbeschadet der Verpflichtungen und Leistungen Dritter, auch des Freistaat Bayern als sog. Baupflichtigen nach Maßgabe von Art. 11 Abs. 5 Nr. 4 der Ordnung für kirchliche Stiftungen in den bayerischen (Erz-)Diözesen (KiStiftO) ergänzend bestreiten.

(4) Der Stiftungsverbund kann auch anderen steuerbegünstigten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie sonst gemeinnützigen Rechtsträgern finanzielle oder sachliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn diese juristischen Personen mit den Mitteln Aufgaben oder Maßnahmen nach Absatz 1 mit 3 fördern.

§ 3

Gemeinnützigkeit

(1) Der Stiftungsverbund unterliegt als juristische Person des öffentlichen Rechts nicht der Körperschaft- oder Gewerbesteuer (§§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4 KStG, § 2 GewStDV); ein besonderes Anerkennungsverfahren im Sinne der §§ 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG, 59 AO, 10 b EStG; Nrn. 3 mit 6 zu § 59 AEAO ist gesetzlich nicht vorgesehen.

(2) Mit der Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 2 verfolgt der Stiftungsverbund dessen ungeachtet ausschließlich und unmittelbar kirchliche und sonst gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

(3) Der Stiftungsverbund ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(4) Mittel des Stiftungsverbunds dürfen nur für die satzungsmäßigen Aufgaben und Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des zuständigen Organes erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Stiftungsverbunds (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 AO).

(5) Der Stiftungsverbund darf aus verfügbaren Mitteln keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Stiftungsverbunds fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Unterstützungen, Zuwendungen oder Vergütungen begünstigen (§ 55 Abs. 1 Nr. 3 AO).

§ 4 Stiftungsvermögen

(1) Das Grundstockvermögen ist in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten (Art. 6 Abs. 2 BayStG). Es ist von anderem Vermögen getrennt zu halten. Veräußerte Bestandteile des rentierenden Vermögens sind durch Erwerb anderer rentierender Vermögenswerte zu ersetzen. Für veräußerte Grundstücke sind regelmäßig wieder Grundstücke zu beschaffen.

(2) Ortskirchliche Pfründestiftungen stellen dem Stiftungsverbund das bisherige Sondervermögen (wirtschaftliches Eigentum an Grundstücken samt aufstehenden Gebäulichkeiten, grundstücksgleiche und -ähnliche Rechte, Bankguthaben und Wertpapiere) der Gesamtheit ortskirchlicher Pfründestiftungen im Bistum Augsburg (sog. Pfründekapitalienfonds) unentgeltlich und zeitlich unbefristet zur Verfügung. Die Regelung in § 2 Abs. 1 bleibt unberührt.

(3) Die Verwaltung sowie der Unterhalt der bestimmungsgemäß genutzten Pfarr- und Benefiziatenhäuser nebst Hofräumen und Nebengebäuden sowie der Pfarrhausgärten obliegen namens und im Auftrag des Stiftungsverbundes der örtlichen Kirchenverwaltung. Die bestimmungsgemäße Nutzung nach Satz 1 umfasst insbesondere per Dekret zugewiesenen Priesterwohnraum, aktiv betriebene Pfarrbüros mit Personalausstattung, notwendige Räume für pfarrliche Versammlungszwecke oder sonstige ortskirchliche Zwecke, mitunter auch eine Kindertagesstätte.

(4) Bei der Veräußerung eines Pfarr- oder Benefiziatenhauses (einschließlich Umgriff und Nebengebäude) wird der Verkaufserlös hälftig zwischen der örtlichen, bislang baupflichtigen Kirchenstiftung und dem Stiftungsverbund aufgeteilt. Bei der Ablösung einer bestehenden Baupflicht Dritter an einem Pfarr- oder Benefiziatenhaus einer Pfründestiftung wird der Ablösungsbetrag lediglich bei zeitnaher Veräußerung gleichfalls hälftig zwischen der örtlichen, bislang baupflichtigen Kirchenstiftung und dem Stiftungsverbund aufgeteilt; ansonsten verbleibt dieser Betrag dem Stiftungsverbund. Vor Abschluss von Rechtsgeschäften im Sinne der Sätze 1 und 2

ist die örtliche Kirchenverwaltung jeweils anzuhören (cc. 3, 1280 CIC, Art. 35 Abs. 3 KiStiftO, § 7 Abs. 4 KiPfrWG). Im Falle der Vermietung von Räumen in nicht mehr bestimmungsgemäß genutzten Pfarr- oder Benefiziatenhäusern fließen die Mieteinnahmen dem Stiftungsverbund zu, der Instandhaltungen und -setzungen zu bestreiten hat.

(5) Bei der Veräußerung unbebauter Grundstücke, von Grundstücksteilen oder grundstücksgleicher sowie -ähnlicher Rechte bisheriger, aber auch zusammen- und zugelegter ortskirchlicher Pfründestiftungen steht der Kaufpreis in voller Höhe dem Stiftungsverbund zu; die Bestimmung in Absatz 4 S. 3 gilt entsprechend.

(6) Mitglieder der örtlichen Kirchenverwaltung, die sich in besonderer Weise um die Bewirtschaftung von bestimmungsgemäß genutzten oder überlassenen Pfarr- und Benefiziatenhäusern, aber auch von unbebauten, insbesondere land- und forstwirtschaftlichen Flächen bisheriger, zusammen- und zugelegter ortskirchlicher Pfründestiftungen sorgen, können für diese ehrenamtliche Tätigkeit entsprechend ihrem einvernehmlich festgelegten Umfang eine steuerfreie Vergütung gemäß § 3 Nr. 26a EStG von derzeit bis zu 720,00 € jährlich vom Stiftungsverbund in Anspruch nehmen.

(7) Der Stiftungsverbund hat die ihm übertragenen Bankguthaben und Wertpapiere gewissenhaft und sparsam zu verwalten sowie deren Erträge bestimmungsgemäß zu verwenden.

(8) Zustiftungen sind zulässig. Zuwendungen ohne Zweckbestimmung unter Lebenden oder aufgrund Verfügungen von Todes wegen können dem Grundstockvermögen zugeführt werden.

(9) Das Vermögen des Stiftungsverbunds wird in der Vermögensrechnung dokumentiert, die sich an handelsrechtlichen Grundsätzen orientiert, und im jeweiligen Haushalt sowie in der Jahresrechnung fortgeschrieben. Der Jahresabschluss wird durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und testiert.

§ 5 Stiftungsmittel

(1) Zur Erfüllung der Stiftungsaufgaben nötige Mittel erhält der Stiftungsverbund aus:

1. den Erträgen des Stiftungsvermögens, insbesondere Erträge aus Gebäudevermietung, Erbbaurechten, Landpacht sowie Waldbewirtschaftung,
2. Einnahmen, die ihr im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung zufließen,
3. Zuwendungen und
4. sonstigen Zuflüssen.

(2) Der Stiftungsverbund kann seine Mittel ganz oder teilweise einer Rücklage zuführen, soweit dies erforderlich ist, um ihre satzungsmäßigen Zwecke nachhaltig erfüllen zu können, und soweit für die Verwendung der Rücklage konkrete Ziel- und

Zeitvorstellungen bestehen. Freie Rücklagen dürfen gebildet werden, soweit die Vorschriften des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts dies zulassen.

§ 6 Stiftungsgenuss

Es besteht kein Anspruch auf die Gewährung von Stiftungsleistungen (Stiftungsgenuss).

§ 7 Stiftungsorgan

- (1) Aufsichtsorgan des Stiftungsverbunds ist der Diözesanvermögensrat.
- (2) Der Stiftungsverbund wird vom Bischof von Augsburg als Vorsitzenden des Diözesanvermögensrates gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Die Aufgabe nach Satz 1 wird in Übereinstimmung mit can. 494 § 3 CIC vom Bischöflichen Finanzdirektor als Stellvertretenden Vorsitzenden im Auftrag des Bischof von Augsburg wahrgenommen. Die Entscheidungen, Rechtsgeschäfte sowie -handlungen der in Satz 1 und 2 genannten Personen beinhalten zugleich die stiftungsund kirchenaufsichtliche Zustimmung. Die Bischöfliche Finanzkammer der Diözese Augsburg vollzieht ferner die Beschlüsse des Diözesanvermögensrates, insbesondere den Jahreshaushalt und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.
- (3) Diese Behörde vertritt den Stiftungsverbund gerichtlich und außergerichtlich, ohne dass es einer besonderen Vollmacht bedarf. Sie hat insoweit die Stellung eines gesetzlichen Vertreters (Geschäftsführungsorgan).
- (4) Die Verwaltungs- und Vertretungsbefugnisse im Sinne von Absatz 3 umfassen namentlich den Erwerb, die Bewirtschaftung, Belastung oder Veräußerung von bebauten sowie unbebauten, insbesondere land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken sowie Grundstücksteilen, auch grundstücksgleichen oder -ähnlichen Rechten ortskirchlicher Pfründestiftungen.
- (5) Der Diözesanvermögensrat ist in allen Angelegenheiten, die für den Stiftungsverbund grundsätzliche Bedeutung haben und erhebliche Verpflichtungen rechtlicher, wirtschaftlicher oder finanzieller Art erwarten lassen, zu befassen (can. 1280 CIC). Ihm obliegt die Beschlussfassung über den jährlichen Haushalt, die Anerkennung der Jahresrechnung des Stiftungsverbunds sowie die Entlastung der Bischöflichen Finanzkammer Augsburg.
- (6) Der Diözesanvermögensrat besteht in Übereinstimmung mit Art. 4 Abs. 1 des Statuts über die Vermögensverwaltung diözesaner Rechtsträger im Bistum Augsburg in seiner jeweiligen Fassung aus
 1. dem Bischof von Augsburg,
 2. dem Generalvikar des Bischofs von Augsburg,
 3. dem Bischöflichen Finanzdirektor,

4. einem Mitglied des Domkapitels des Bistums Augsburg,
5. einem Mitglied des Priesterrates der Diözese Augsburg,
6. zwei Vertretern des Diözesansteuerausschusses,
7. zwei in wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen erfahrenen Laien.

Wiederberufung und vorzeitige Abberufung sind zulässig.

(7) Die Tätigkeit der Mitglieder des Diözesanvermögensrates ist ehrenamtlich. Anfallende Auslagen werden gegen Nachweis ersetzt.

(8) Die Regelungen in Art. 3 Abs. 2 und 3 sowie Art. 4 Abs. 2 mit 4 des in Absatz 6 bezeichneten Statuts gelten entsprechend.

§ 8

Geschäftsgang des Diözesanvermögensrates

(1) Der Diözesanvermögensrat wird vom Vorsitzenden oder vom Stellvertretenden Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Einhaltung einer Frist von wenigstens zwei Wochen schriftlich zu einer Sitzung einberufen. Sitzungen sind ferner einzuberufen, wenn wenigstens drei Mitglieder des Diözesanvermögensrates dies verlangen.

(2) Der Diözesanvermögensrat wird durch Beschlussfassung tätig; er ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und mindestens fünf Mitglieder anwesend sind. Ladungsfehler gelten als geheilt, wenn alle betroffenen Mitglieder anwesend sind und von ihnen kein Widerspruch erfolgt.

(3) Der Diözesanvermögensrat trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) Wenn kein Mitglied widerspricht, können Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst werden. Die Schriftform gilt auch durch Telefax, E-Mail oder durch sonstige dokumentierbare Übermittlung der Stimmabgabe in elektronischer Form als gewahrt.

(5) Die Sitzungen des Diözesanvermögensrates sind nicht öffentlich. Er kann an seinen Sitzungen auch dritte Personen als Berater oder in sonstiger Funktion teilnehmen lassen.

(6) Ein Mitglied des Diözesanvermögensrates kann an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihm selbst, seinem Ehegatten, einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grade oder einer von ihm kraft Gesetz oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person - mit Ausnahme der Diözese Augsburg - einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Diözesanvermögensrat ohne Mitwirkung des persönlich Beteiligten. Die Mitwirkung des wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossenen Mitglieds hat die Ungültigkeit des Beschlusses zur Folge.

(7) Über die Sitzungen sind Ergebnisniederschriften zu fertigen und vom Vorsitzenden und dem von ihm beauftragten Schriftführer zu unterzeichnen. Sie sind allen Mitgliedern des Diözesanvermögensrates zur Kenntnis zu bringen.

(8) Die Mitglieder des Diözesanvermögensrates haben auch nach Beendigung ihrer Mitgliedschaft über die ihnen bei ihrer Tätigkeit im Diözesanvermögensrat bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu wahren. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Natur nach keiner Vertraulichkeit bedürfen.

§ 9

Haushaltsplan, Jahresabschluss

(1) Der Stiftungsverbund erstellt jährlich einen Haushaltsplan und legt über den Vollzug Rechnung. Die Bestimmungen der Art. 9 und 10 des Statuts über die Vermögensverwaltung diözesaner Rechtsträger in der jeweiligen Fassung gelten sinngemäß.

(2) Die Erstellung und der Vollzug des Haushaltsplans sowie die Rechnungslegung obliegen der Bischöflichen Finanzkammer.

(3) Der Diözesanvermögensrat bestimmt einen Wirtschaftsprüfer oder eine andere zur Erteilung eines Testats befugte Stelle mit der Prüfung des Jahresabschlusses des Stiftungsverbunds. Eine Prüfung hat sich auch auf die Erhaltung des Vermögens und die satzungsgemäße Verwendung dessen Erträge sowie etwaiger Zuwendungen zu erstrecken.

§ 10

Ergänzendes Recht

Für die Verwaltung des Stiftungsvermögens finden die für eine Pfründestiftung geltenden staatlichen und kirchlichen Vorschriften ergänzende Anwendung.

§ 11

Satzungsänderungen, Umwandlung und Aufhebung der Stiftung

(1) Satzungsänderungen sind zulässig, soweit sie zur Anpassung an veränderte Verhältnisse geboten erscheinen. Soweit sie sich auf die Steuerbegünstigung des Stiftungsverbunds auswirken können, sind sie der zuständigen Finanzbehörde zur Stellungnahme vorzulegen.

(2) Änderungen des Stiftungszwecks sind nur zulässig, wenn seine Erfüllung unmöglich wird oder sich die Verhältnisse derart ändern, dass die Erfüllung des Stiftungszwecks nicht mehr sinnvoll erscheint. Umwandlung und Aufhebung des Stiftungsverbunds richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

(3) Änderungen nach Absatz 1 oder 2 erfolgen durch den Bischof von Augsburg im Benehmen mit dem Diözesanvermögensrat.

§ 12

Vermögensanfall

Bei Aufhebung oder Auflösung des Stiftungsverbands fällt das Restvermögen an die Diözese Augsburg. Diese hat es unter Beachtung des Stiftungszwecks unmittelbar und ausschließlich für kirchliche und sonst gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

§ 13

Inkrafttreten

(1) Diese Satzung des Katholischen Pfründestiftungsverbands St. Ulrich tritt mit der Anerkennung durch das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst in Kraft und ist im Amtsblatt für die Diözese Augsburg zu veröffentlichen.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt treten der Erlass über die Bildung eines Pfründekapitalienfonds vom 17.12.1957 (ABl. S. 314) sowie sonstige allgemeine oder besondere diözesane Regelungen dieses Bereichs außer Kraft.

Augsburg, den 06. Juni 2016

[Unterschrift / Siegel]
Dr. Konrad Zdarsa
Bischof von Augsburg

Mit Schreiben vom 28.10.2016 (AZ: I.8-BK 5172.A-3/66 098) hat das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst folgenden Bescheid erlassen:

1. Die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Georg mit Sitz in Riegsee (Aidling),
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Peter und Paul mit Sitz in Antdorf,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Kilian mit Sitz in Bad Heilbrunn,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Benedikt mit Sitz in Benediktbeuern,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Martin mit Sitz in Bernried am Starnberger See,
die Katholische Kuratbenefiziumspfründestiftung St. Georg mit Sitz in Bichl,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Giemens mit Sitz in Eschenlohe,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Ulrich mit Sitz in Habach,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Vitus mit Sitz in Iffeldorf,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Nikolaus mit Sitz in Jachenau,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Michael mit Sitz in Kochel am See,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Nikolaus mit Sitz in Murnau,
die Joseph und Agatha Höss'sche Benefiziumspfründestiftung mit Sitz in Murnau,
die Katholische Kurat-Schulbenefiziumspfründestiftung Mariä Himmelfahrt mit Sitz in Bad Heilbrunn (Nantesbuch),
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Peter und Paul mit Sitz in Obersöchering,
die Katholische Pfarrpfründestiftung Christkönig mit Sitz in Penzberg,

die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Michael mit Sitz in Seehausen am Staffelsee,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Michael mit Sitz in Seeshaupt,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Georg mit Sitz in Sindelsdorf,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Afra mit Sitz in Spatzenhausen,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Agatha mit Sitz in Uffing am Staffelsee,
die Barthel'sche Frühmeißbenefiziumspfründestiftung mit Sitz in Uffing am Staffelsee,
die Katholische Pfarrpfründestiftung St. Ulrich mit Sitz in Kochel am See (Walchensee),

sämtliche kirchliche Stiftungen des öffentlichen Rechts, werden nach Art. 22 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 8 Abs. 3 des Bayerischen Stiftungsgesetzes (BayStG) zusammengelegt zu dem mit Organisationsakt des Bischofs von Augsburg vom 6. Juni 2016 nach kanonischem Recht errichteten Katholischen Pfründestiftungsverbund St. Ulrich.

Der Katholische Pfründestiftungsverbund St. Ulrich ist eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Augsburg. Die Stiftung wird gemäß Art. 8 Abs. 3 Satz 2 BayStG hiermit rechtsfähig.

2. Es wird bestätigt, dass die Stiftung "Katholischer Pfründestiftungsverbund St. Ulrich" Gesamtrechtsnachfolgerin der nach Ziff. 1 zusammengelegten, in der neuen Stiftung aufgehenden kirchlichen Stiftung des öffentlichen Rechts ist. Sämtlich Rechte und Pflichten der in Ziff. 1 aufgeführten Stiftungen, gleich ob diese öffentlich-rechtlicher oder zivilrechtlicher Natur sind, gehen hiermit auf die neue Stiftung über.
3. Gleichzeitig wird die Satzung des Katholischen Pfründestiftungsverbundes St. Ulrich - kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts - vom 6. Juni 2016 genehmigt.
4. Kosten werden nicht erhoben.

Gründe

I.

Die Diözese Augsburg beabsichtigt, ihr Pfründestiftungswesen neu zu ordnen (und) die dort bestehenden Pfründestiftungen zu einer großen Stiftung gleichen Zwecks zusammenzuführen und auf diese Weise die Vermögensverwaltung zu zentralisieren und effizienter zu gestalten. Dies soll in mehreren Schritten erfolgen. Zunächst werden mit diesem Bescheid die bisherigen Pfründestiftungen des Dekanats Benediktbeuern zu einer neuen kirchlichen Stiftung des öffentlichen Rechts mit dem Namen "Katholischer Pfründestiftungsverbund St. Ulrich" zusammengelegt. Später sollen dann sukzessiv die übrigen Pfründestiftungen der Diözese Augsburg dieser neuen Stiftung zugelegt werden.

Zweck der neuen, durch Zusammenlegung entstehenden Stiftung ist die Leistung von Beiträgen zur Besoldung und Versorgung der (Orts-)Pfarrer der Diözese Augsburg.

Damit ist der Zweck der neuen, durch Zusammenlegung entstehenden Stiftung der gleiche wie der der zusammengelegten Pfründestiftungen. ...

II.

1. Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst ist die für den Vollzug der Zusammenlegung der Pfründestiftungen in der Diözese Augsburg zuständige Behörde. ...

Auch die übrigen formalen Voraussetzungen für die Zusammenlegung sind erfüllt. ...

Soweit diese erforderlich gewesen sein sollten, wurden auch die erforderlichen Anhörungen durchgeführt. ...

2. Auch die materiellen Voraussetzungen für die beantragte Zusammenlegung der oben genannten Pfründestiftungen sind erfüllt.

Wie von Art. 8 Abs. 3 BayStG gefordert, handelt es sich bei den zusammengelegten Pfründestiftungen um Stiftungen gleicher Art. Sie sind alle kirchliche Stiftungen der römisch-katholischen Kirche. Dass sie mit der Leistung von Beiträgen zur Priesterbesoldung in der Diözese Augsburg völlig kongruente Zwecke verfolgen, unterstreicht die Zulässigkeit der Zusammenlegung zusätzlich. ...

Die neue Stiftung, der Katholische Pfründestiftungsverbund St. Ulrich, erlangt nach Art. 8 Abs.3 Satz 2 BayStG mit der Zusammenlegung der in Ziff. 1 dieses Bescheids aufgeführten Pfründestiftungen die Rechtsfähigkeit. Als Stiftung, die durch die Zusammenlegung kirchlicher Stiftungen des öffentlichen Rechts entsteht, ist sie, wie im Dekret des Bischofs vom 6. Juni 2016 zutreffend festgestellt, ihrerseits eine kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts.

Gleichzeitig mit der Entstehung der neuen Stiftung erlöschen die zusammengelegten Pfründestiftungen. Die neue Stiftung ist Gesamtrechtsnachfolgerin der zusammengelegten Pfründestiftungen. Deren Gesamtvermögen geht mit dem Wirksamwerden dieses Bescheids auf die neue Stiftung über. ...

3. Die vom Bischof von Augsburg am 6. Juni 2016 unterzeichnete Satzung des Katholischen Pfründestiftungsverbund St. Ulrich steht mit allen stiftungsrechtlichen Vorgaben des Staates in Einklang. ...

Damit ist die Genehmigung zu erteilen.

4. Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 27 BayStG.

...

Dr. Wolfram Backert

Leitender Ministerialrat